

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

24.1.1906 (No. 25)

Karlsruher Zeitung.

Wittwoch, 24. Januar.

№ 25.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.

1906.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für die Monate

Februar und März
nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigt bewogen gefunden, dem Amtsvorstand, Geheimen Regierungsrat Haape in Baden die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm verliehenen Komtur-Zusignien II. Klasse des Herzoglich Anhaltischen Hausordens Albrechts des Bären, sowie dem Amtmann Dr. Sarimann und dem Gendarmeriewachmeister Hoffacker daselbst die gleiche Erlaubnis für die Ritter-Zusignien I. Klasse bzw. goldene Verdienstmedaille dieses Ordens zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 11. Januar 1906 gnädigt geruht, dem Herrn Fritz Landfried in Heidelberg den Titel Kommerzienrat zu verleihen.

Mit Entschliebung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 19. Januar d. J. wurden

die Eisenbahnpraktikanten
Alfred Stadelhofer,
Karl Rogge, und
Otto Bachert mit der Amtsbezeichnung „Betriebsassistent“ zu Expeditionsassistenten ernannt.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 22. Januar d. J. wurden

die Eisenbahnassistenten:
Julius Rutherford,
Friedrich Segner,
Joseph Hauser und
Lorenz Reichert mit der Amtsbezeichnung „Betriebsassistent“ zu Expeditionsassistenten ernannt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die Marokko-Konferenz.

(Telegramme.)

SKR. Berlin, 23. Januar.

Die Arbeiten der Marokkokonferenz haben bisher durch keinen Zwischenfall gestörten Fortgang genommen, und die Schwarzfahrer dürften auch für die weitere Entwicklung kaum Recht behalten. Zu dem hundert Mal angekündigten Zusammenstoß zwischen deutschen und französischen Forderungen braucht es gar nicht zu kommen, noch weniger zu der ebenso oft prophezeigten Isolierung Deutschlands. In dem Maße, wie die Ansichten sich klären, wird vielmehr die Ueberzeugung durchdringen, daß besondere Ansprüche, gegen die andere Mächte mit Frankreich vereint, Front zu machen hätten, von Deutschland und für Deutschland nicht erhoben werden. Zu defensiver Abwehr aber von Verschlechterungen der bisherigen Ansichten für eine internationale Erschließung Marokkos könnten sich wohl verschiedene Länder auf gleicher Linie zusammenfinden, nicht um dem Deutschen Reich, das zuerst diese Defensivmaßnahme auf genommen hat, einen Gefallen zu tun, sondern weil ihre eigenen Interessen ihnen die unbedingte Unterstützung fremder Monopolbestrebungen nicht rätlich erscheinen lassen. Uns kann das nur willkommen sein. Wir haben von Anfang an die Zukunft Marokkos nicht als eine deutsch-französische Frage, sondern als internationale Angelegenheit behandelt. Sollte im weiteren Verlauf der Konferenz die Aufgabe dringlicher werden, ein besonderes Interesse mit dem allgemeinen in Uebereinstimmung zu setzen, so dürften vermittelnde und mahnende Stimmen sich weniger an die deutsche Adresse zu richten haben, als an eine andere.

In inspirierten Blättern Frankreichs kehrt neuerdings der Gedanke wieder, die Konferenz dürfe nichts überstürzen, sie könne nicht ein vollständig neues marokkanisches Verwaltungssystem schaffen, wie seinerzeit Bonaparte das französische, das Reich des Scherifens lasse sich nicht von

heute auf morgen modernisieren. In diesem Bremsen, diesem Nachlassen des Reformeifers können wir einen Anstoß an Auffassungen begrüßen, die gerade von der deutschen Politik nicht erst in neuester Zeit vertreten worden sind.

* Algiciras, 23. Jan. Bei Beginn der gestrigen Sitzung der Konferenz verlas der Herzog von Almodovar die Begrüßungsrede des spanischen Senats und der Kammer. Bisconti Benofia als Doge dankte namens der Konferenz. Die vier ersten Artikel des Reglements betreffend die Unterdrückung des Waffenschmuggels, wurden mit einigen Änderungen angenommen. Die Konferenz beschloß ferner, den Sekretären, Attachees und verschiedenen Delegationen zu gestatten, den Sitzungen beizuwohnen. Der marokkanische Delegierte Mohammed el Mokhri hielt eine Rede in arabischer Sprache, in der er die Anschauungen Marokkos über die Konferenz in allgemeinen Zügen darlegte. Es wurde beschlossen, die Rede zu beantworten, sobald sie in der Uebersetzung vorliegt. Am Schluß der Sitzung beantragte der deutsche Botschafter v. Radowicz, als Delegierter der im Alphabet an erster Stelle stehenden Macht, dem König aus Anlaß seines Namensstages heute telegraphisch die Glückwünsche der Delegierten für seine Perion und das Wohl Spaniens zu übermitteln. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch, 10 Uhr vormittags.

Nachdem die Sitzung gegen 1 Uhr geschlossen worden war, wurde den Vertretern der Presse durch den zweiten spanischen Delegierten Perez Caballero eine Mitteilung über den Verlauf der Sitzung zugestellt. — Für die Uebersetzung der Reden des marokkanischen Delegierten Mokhri ist eine Kommission ernannt worden. In der nächsten Sitzung am Mittwoch werden die Vorschläge betreffend die Unterdrückung des Waffenschmuggels weiterberaten werden. — Aus Anlaß des Namensstages des Könige Alfons wird der Herzog von Almodovar heute im Rathaus die Behörden von Algiciras empfangen. Zu diesem Empfang haben auch die fremden Missionen Einladungen erhalten. Am Nachmittag wird der Herzog an Bord des hier eingetroffenen Kanarischschiffes „Carlos V.“ das diplomatische Korps und die Vertreter der Presse empfangen.

* Algiciras, 23. Jan. In seiner gestrigen Rede führte Mohammed el Mokhri folgendes aus: Der Sultan sei sehr geneigt, in seinem Reich Reformen einzuführen und er habe die selben bereits eingeleitet gehabt, als es einem Agitator gelang, einige bis dahin treue Stämme zum Aufbruch gegen den Sultan zu veranlassen. Gerade zu derselben Zeit sei ein anderes Ereignis eingetreten, die Ankunft des französischen Gesandten Taillandier in Fez, ein Ereignis, das die Einberufung der Notablen des Landes zur Folge hatte. Diese hatten einstimmig den Sultan erücht, eine Konferenz der 1880 in Madrid vertretenen Mächte einzuberufen und der Sultan habe diesem Ersuchen sehr gern entsprochen. Nachdem dies geschehen ist, bittet der Sultan die Mächte, ihm Ratsschläge zu erteilen, die er, wenn sie von den Mächten einstimmig ausgingen, sofort befolgen würde. El Mokhri zählt dann die vom Sultan gewünschten Reformen auf und sagte, zunächst sei eine Organisation der Polizei notwendig. Ferner müsse man dem Sultan die Möglichkeit geben, Steuern erheben zu können. Die Zölle müßten vermehrt und eine Staatsbank geschaffen werden. Außerdem müsse jeder Schmuggel, namentlich der mit Waffen, unterdrückt werden. Endlich möge die Konferenz das Abkommen von 1880 einer Durchsicht unterziehen und prüfen, in welcher Weise es bisher durchgeführt worden ist.

* Algiciras, 22. Jan. Seit gestern abend ist eine verdoppelte Tätigkeit der Konferenzdelegierten bemerkbar; sie treten mehr als zuvor untereinander in Verbindung. El Mokhri ist heute vormittag aus Tanger zurückgekehrt; er erledigte dort private Angelegenheiten und schied einen Kurier nach Fez zum Sultan. Wahrscheinlich wird die marokkanische Mission in der nächsten Woche durch einen marokkanischen Minister verstärkt.

Betriebsmittelgemeinschaft.

Der preussische Minister v. Budge hat in der Budgetkommission des Reichstags eingehende Erklärungen über Tarifreform und Betriebsmittelgemeinschaft gemacht. An der Hand des Protokolls, das nunmehr erschienen ist, möge nachstehend die Rede des Ministers v. Budge wiedergegeben werden, da die Erklärungen des Ministers von besonderem Interesse sind. Die Verhandlungen wurden mit einer Bitte des Abg. Schlumberger eingeleitet, den Versuch der 4. Wagenklasse weiter auszuweiten. Staatsminister v. Budge erwiderte, die 4. Wagenklasse sei auf einigen Strecken der Elzab-Lothringischen Bahnen aus betrieblichen und verkehrlichen Gründen eingeführt. Verschiedene Korporationen und Interessenten in Elzab-Lothringen befürworteten die Ausdehnung der Einrichtung auf die übrigen Bahnstrecken. Der Abg. Erzberger stellte die Frage, ob im Lauf des Jahres ein Abschluß der Personentarifreform zu erwarten sei und wie es mit der Betriebsmittelgemeinschaft stehe. Eine Denkschrift hierüber sei wünschenswert. Minister v. Budge erteilte nun die gewünschte Auskunft wie folgt:

Zwischen den Kommissaren der im Besitz von Staatsbahnen befindlichen deutschen Regierungen haben Verhandlungen stattgefunden, bei denen man sich über die Grundlagen einer Personentarifreform geeinigt hat. Als Ziel wurde dabei die Vereinigung der Verkehrsleistungen der bestehenden Tarife, sowie die Aufstellung eines einfachen, klaren und jedermann verständlichen neuen Tarifs in Aussicht genommen. In der Presse, besonders in Süddeutschland, wird immer die Behauptung auf-

gestellt, daß es sich lediglich um die Annahme der von Preußen gemachten Vorschläge handle. Dies ist durchaus falsch. Der aus den Beratungen hervorgegangene Entwurf ist ein Kompromiß aller beteiligten deutschen Staatseisenbahnverwaltungen, dem insbesondere Preußen die Aufgabe des Freigepäds zum Opfer bringen will. Daß den süddeutschen Staaten die 4. Klasse aufgezogen werden solle, ist ebenfalls unrichtig. Da der zur allgemeinen Einführung vorgeschlagene Satz für die 3. Klasse von 3 Pf. etwas höher ist als die Hälfte der jetzigen Rückfahrpreise für die gleiche Klasse in Süddeutschland, so ergab sich von selbst die Notwendigkeit, daß in Süddeutschland zum Ausgleich eine Fahrgelegenheit zu noch weiter ermäßigtem Preis, entsprechend etwa demjenigen der preussischen 4. Klasse, geschaffen würde. Württemberg und Baden hatten sich zur Einführung der 4. Klasse bereit erklärt, Bayern hatte aus betrieblichen und anderen Gründen Bedenken und zog es vor, statt dessen für langsam fahrende Lokalzüge den Preis der 3. Klasse auf 2 Pf. zu ermäßigen. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat gegen eine solche Klasse IIb keinen Widerspruch erhoben, da es vorzugsweise darauf ankam, daß die geplante Personentarifreform dem Publikum überall die billigste Fahrgelegenheit zu 2 Pf. für 1 Kilometer brächte. Ueber die in den Kommissionsberatungen beschlossenen Grundzüge der Reform haben die beteiligten Staaten mit Ausnahme von Baden bereits sämtlich ihre Eisenbahnräte gehört und von diesen, soviel ich weiß, in keinem Fall eine Ablehnung erfahren. Besonders auch der preussische Landes-eisenbahnrat hat sich durchaus zustimmend verhalten und nur eine noch etwas weitergehende Verbilligung der Gepäckfracht gewünscht. Ich halte diesen Wunsch nicht für unberechtigt und will prüfen, inwieweit sich derselben erfüllen lassen wird. Ob und wann die Tarifreform auf der gewonnenen Grundlage zustande kommen wird, kann ich heute noch nicht sagen, da keine der beteiligten Regierungen schon endgültig Stellung genommen hat. Insbesondere scheinen Württemberg und Baden wieder bedenklich geworden zu sein, nachdem Zweifel darüber entstanden sind, ob eine Betriebsmittelgemeinschaft sich in dem ursprünglich geplanten Umfang verwirklichen lassen.

Was diese Betriebsmittelgemeinschaft betrifft, so waren die Vorarbeiten dazu durch eine besondere Studienkommission schon seit Jahren im Gange. Der Anstoß zur Einleitung eigentlicher Verhandlungen wurde dann in lokaler und nationaler Weise von der württembergischen Regierung geben. Der erste Schritt war der, daß die Minister von Preußen, Württemberg, Baden und Bayern in Heidelberg zu einer Konferenz zusammentraten und hier vollständiges Einverständnis über die Grundzüge einer für die ihnen unterstellten Eisenbahnen zu begründenden Betriebsmittelgemeinschaft erzielten. Nach diesen sogenannten Heidelberger Punktationen war die gemeinschaftliche Beschaffung, Benutzung und Unterhaltung aller für die einzelnen Verwaltungen erforderlichen Betriebsmittel beabsichtigt. Zur Durchführung dieses Plans bedurfte es, wie allgemein anerkannt wurde, der Einsetzung eines besonderen, mit weitgehenden Befugnissen ausgerüsteten Gemeinschaftsorgans. Dabei erschien es selbstverständlich, daß ein solches Gemeinschaftsamt unter die Leitung des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten gestellt werden müsse. Gerade bezüglich dieses Punktes ergaben sich aber bei der späteren Durchberatung, an der sich auch Sachsen, Mecklenburg und Oldenburg beteiligten, auf Seiten einzelner Regierungen Bedenken staatsrechtlicher Natur. Ebensovien gelang es, trotz aller angewandten Mühe, eine Verständigung darüber herbeizuführen, in welcher Weise die von der Gemeinschaft zu übernehmenden sehr bedeutenden Ausgabebeiträge unter die Mitglieder der Gemeinschaft zu verteilen wären. Nach dem Entwurf war in Aussicht genommen, die gesamte Ausgabe für Vorfahrt und Unterhaltung des Betriebsmittelparts nach Maßgabe der in jedem Bahngelände gefahrenen Achskilometer aller Art jährlich einmal zu teilen. Dabei sollte das Achskilometer in demselben Verhältnis für jede Verwaltung herangezogen werden, wie es sich aus den wirtlichen Aufwendungen in einer Reihe von Jahren tatsächlich berechnet. Bei Festsetzung dieser Verhältniszahl wollten aber fast alle Verwaltungen unter Anführung besonderer Umstände eine Verbesserung ihrer Verhältniszahl durchsetzen, so daß eine alle betriebende Lösung bis jetzt nicht gefunden wurde.

Endlich wurde es von verschiedenen Seiten etatredlich als ein nicht wohl zu rechtfertigender Eingriff in die Befugnisse der gesetzgebenden Körperschaften erachtet, wenn sich die einzelnen Staaten verpflichten müßten, den Anforderungen des Gemeinschaftsamts, d. h. des preussischen Ministers, in bezug auf Beschaffung der Betriebsmittel ohne weiteres nachzukommen. Allen diesen Schwierigkeiten glaubte die bayrische Regierung dadurch begegnen zu können, daß sie im Lauf der Verhandlungen mit Gegenvorschlägen hervortrat, die den Umfang der Betriebsmittelgemeinschaft im wesentlichen auf eine gemeinschaftliche Benutzung des Güterwagensparts einschränkten. Es ist mir ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß ich diese Gegenvorschläge nicht von vornherein zurückgewiesen habe. Ich bin indes der Ansicht, daß jeder Teilnehmer an den Beratungen seine Vorschläge zu machen hat, und daß dann dieselben zur Beratung gestellt werden müssen. Welches das schließliche Ergebnis sein wird, ob auf die Heidelberger Punktation zurückgegriffen werden wird, oder ob die bayrischen Vorschläge zur Annahme kommen werden, darüber läßt sich heute noch kein Urteil fällen, da es sich zunächst noch immer um Beratungen der Kommissionen der Staatseisenbahnverwaltungen handelt und die Regierungen selbst sich noch keiner Richtung hin gebunden haben. Was speziell die preussische Regierung betrifft, so liegt noch keine Entscheidung des Staatsministeriums vor. Jedenfalls hat Preußen das allerwenigste Interesse an dem Zustandekommen einer Betriebsmittelgemeinschaft, und die auch hier immer wiederkehrende Verächtigung, daß Preußen selbständige Zwecke verfolge und darauf aussehe, die süddeutschen Staaten zu majorisieren oder in

(Mit einer Landtagsbeilage.)

ihrer Selbständigkeit zu beschränken, ist durchaus hin-
fällig.

Der finanzielle Effekt, welcher aus der ursprünglich geplan-
ten Betriebsmittelgemeinschaft zu erwarten ist, wird auf rund
10 1/2 Millionen Mark pro Jahr berechnet. Für den preussischen
Minister der öffentlichen Arbeiten, der alljährlich mit einem
Einnahmetat von 1 1/2 Milliarden zu wirtschaften hat, kann
eine Summe von 10 1/2 Millionen, die sich auf alle deutschen
Bahnen verteilt, keine Rolle spielen. Sie wird nur für die
kleineren Verwaltungen ins Gewicht fallen, und lediglich,
um diesen einen Vorteil zuzuwenden, habe ich
mich bereit finden lassen, bei den Bestimmungen, welche auf den
Zusammenschluß aller deutschen Bahnen zu einer Betriebs-
mittelgemeinschaft gerichtet sind, die Führung zu übernehmen.
Kommen die bayerischen Vorschläge zur Geltung, so wird der
für die Gemeinschaftsmitglieder daraus entspringende finan-
zielle Nutzen sich voraussichtlich um einige Millionen niedriger
stellen.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 22. Januar.

Abg. **Kreutz** (Reichsp.) erklärt, der Gesetzentwurf betreffend
Ausgabe von Reichsbanknoten zu 50 und 20 M.
verfolge gegen das Bankgesetz, wonach Banknoten unter 100 M.
unzulässig seien. Man solle mit der Vorlage bis 1910 warten,
dann habe eine Erneuerung des Reichsbankprivilegs einzutreten.
Der Zustand unserer Distanzfälle sei geradezu trübselig. Deutsch-
ische gegenüber neben den Balkanstaaten.

Staatssekretär **Graf v. Posadowski**: Die Vergleichung der deut-
schen Geldverhältnisse mit denen der Balkanstaaten werde in der
Geschäftsverteilung hauptsächlich liegen. Die Verschlechterung des
Distanzverhältnisses sei eine Folge der an die Reichsbank gestellten
Forderungen und des ungeschulten wirtschaftlichen Aufwandes.
Wenn der Verkehr die kleinen Scheine nicht aufnehmen
können, jedenfalls nicht die befürchteten Schäden eintreten;
nimmt er sie aber auf, so beweist das die Nützlichkeit der Vor-
lagen. Die kleinen Banknoten sind keine Geldverschlechterung
und sind bankmäßig gedeckt. Ueber die Einziehung der Reichs-
banknoten siehe sich reden. Dazu gehören aber 120 Millio-
nen Mark. Bis zum Ablauf des Reichsbankprivilegs im Jahre
1910 könne man nicht warten.

Abg. **Kämpf** (freif. Vp.) bezieht sich auf die dem
Verkehr ersparenden Vorteile eine baldige Annahme als drin-
gend notwendig.

Reichsbankpräsident **Koch**: Der Geldbestand der
Reichsbank war nie so hoch, wie im letzten Jahre. Die
Distanzverhältnisse waren eine Folge der lebhaften Ansprüche der
Geschäftswelt. Die Reichsbanksumme waren größer als je; die
Golddeckung ist weit höher als gefordert. Die Nach-
frage nach kleinen Zahlungsmitteln steigt, namentlich im
Weiten.

Abg. **Gamp** (Reichsp.) findet die plötzliche starke Distanz-
erhöhung unerklärlich und wünscht eine Untersuchung, ob nicht
die Reichsbank Börsenoperationen unternimmt.

Staatssekretär **Frhr. v. Stengel** rät dringend ab, den Reichs-
kriegsschatz anzugreifen. Mit der Silberprägung sei man nahe
an der höchst zulässigen Grenze angelangt.

Abg. **Wammen** (freif. Vgg.) wünscht Beratung in einer be-
sonderen Kommission.

Abg. **Büsing** (natlib.) lehnt die Vorlage ab.

Abg. **v. Kardorff** (Reichsp.) tadelt die Distanzpolitik der
Reichsbank. Unser Banksystem habe Bankrott gemacht.
Staatssekretär **Graf v. Posadowski**: Der niedrige Kurs der
Reichsbanknoten komme nicht von einer zu schwachen Goldreserve,
sondern davon her, daß man gewisse öffentliche Institute nicht
zwingt, ihr Vermögen in Staatspapieren anzulegen.

Reichsbankpräsident **Dr. Koch** wendet sich gegen den Abg.
Kardorff, der mit seinen bisherigen Angriffen gegen die Reichs-
bank kläglich unterlegen sei. Möge er doch endlich unterlassen,
mit seinen Ausführungen über das Bankwesen die Meinung des
Reichstages irre zu führen. (Dr. **Kreutz** bezeichnet die An-
rede des Reichsbankpräsidenten auf die Angriffe des Abg. **Kar-
dorff** als „groß“. Präsident **Graf v. Posadowski** erklärt diesen
Ausdruck für unzulässig.)

Nach weiteren Bemerkungen des Staatssekretärs **Dr. Grafen
v. Posadowski** wird die Vorlage an eine Kommission von
14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über den
Versicherungsvertrag mit Einführungsgesetz und des Gesetzes,
welches die handelsgesell-
schaftlichen Seeverversicherungsbedingungen abändert.

Staatssekretär **Dr. Nieberding** begründet die Vorlage und
führt aus: Wenn die Vorlage Gesetz wird, so ist Deutschland
das erste Land der Welt, das sich eines kodifizierten
Gesetzes über diese ungemein große Werte umfassende Ma-
terie erfreut. Der Gesetzesentwurf setzt sich aus Bedingungen zu-
sammen, unter denen Versicherungen abgeschlossen werden. Ein
Teil der allgemeinen Vorschriften ist, um die Grundlagen der
Versicherung zu sichern, zu einem zwingenden, durch den Ver-
trag nicht abänderbaren gemacht worden. Die Regierungen er-
warten, daß die Gesellschaften die Notwendigkeit solcher Bestim-
mungen einsehen und diesen eingedenk sind, daß sie nicht bloß
geschäftliche Unternehmungen sind, sondern auch eine sozial-
politische Aufgabe haben. Die Seeverversicherung bedarf
der Neuregelung nur insoweit, als die Vorlage mit dem Han-
delsrechtbuch in Einklang zu bringen ist. Von
der Vorlage ausgenommen sind die Rückversicherungen, freie
Sitzschaften, die Snapschaftsellschaften und ähnliche, ferner bei den
Landchaften und ähnlichen Anstalten, namentlich hinsichtlich
der Feuerversicherung bestehende Zwangseinrichtungen. Auch
soll Vertragsfreiheit für gewisse Betriebszweige bestehen bleiben.
Ich bitte, die Vorlage, welche eine neue günstige Basis für die
Fortentwicklung des deutschen Versicherungswesens schafft, an-
zunehmen.

Abg. **Heine** (Soz.): Wir sind grundsätzlich für eine Ver-
staatlichung des Versicherungswesens. Anzu-
erkennen ist im Entwurf der Schutz der Schwachen und Unver-
fahrenen, schlecht ist das Zurückweichen des Entwurfes.

Abg. **Trimbom** (Zentr.) meint, der Entwurf lieft sich im
Gegenteil angehen wie ein Roman. (Heiterkeit.) Ausführun-
gen über Einzelheiten des Entwurfes will er sich für die Kom-
missionsberatung vorbehalten.

Darnach wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr ver-
tagt. Vorher steht die Interpellation der Polen
und des Zentrums über den Gebrauch der polni-
schen Sprache bei der Rekruten der
Tagesordnung. Schluß 6 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 23. Januar.

Präsident **Graf v. Ballestrin** eröffnet die Sitzung um
1 Uhr 20 Min.

Kriegsminister **v. Einem** erklärt sich zur sofortigen Be-
antwortung der Interpellation des Zentrums und der
Polen, betreffend der Kontrolle der Sprache, in der die
Mannschaften beichten, bereit.

Abg. **Styjel** (Pol.) begründet die Interpellation und
verweist auf eine Verfügung des Generalkommandos des
1. Armeekorps vom 19. Dezember 1905, worin gesagt
wird, im Bereiche des Armeekorps seien nur neun fa-
tholische Polen angemeldet, während 90 Soldaten
polnisch beichten. Die Verfügung ordnete daher Feststel-
lungen an, ob hier nicht die Gefahr einer Vorschubleistung
der polnischen Bestrebungen vorliege. Die Interpellanten
erblicken darin einen Widerspruch mit der militärisch-
lichen Dienstordnung und fragen den Reichskanzler, wie
er einen solchen Eingriff in das religiöse Leben der
Mannschaften zu verhindern gedenke.

Kriegsminister **v. Einem**: Es ist bei uns Bestimmung,
daß jeder Soldat polnischer Abstammung in seiner Mut-
tersprache beichten kann. In solchen Garnisonen, wo sich
ein die polnische Sprache beherrschender Geistlicher nicht
befindet, müssen Feststellungen erfolgen über diejenigen
polnischen Mannschaften, die in polnischer Sprache beich-
ten. Diese Feststellungen erfolgen von dem betreffenden
Geistlichen in Verbindung mit den Kommandobehörden.

Die militärische Bedeutung der russischen Eisenbahnen.

* Es erregt in technischen wie in militärischen Kreisen
Bewunderung, mit welcher Kraft die Eisenbahnpolitik
des Zarenreiches durchgeführt wird, das, vor keinem
Hindernis halt machend, auch während des Krieges mit
Japan die Schienenwege in Mittelasien wei-
ter ausgebaut hat, die nach seit langen Jahren erstreb-
tem Ziele führen sollen. Nachdem dort erst Ende Juli
vorigen Jahres die mit so großen Opfern und mit außer-
ordentlicher Schnelligkeit hergestellte Bahn **Drenburg-
Taschkent** von 1734 Werst (etwa 1850 Kilometer)
Länge in ihrem nördlichen Teil vom Staat übernom-
men worden war, konnte bereits Anfangs Dezember auch
der südliche Teil der Staatsbehörde übergeben werden.
Außerdem aber hat die Regierung beschlossen, diese Bahn-
linie noch über Taschkent hinaus zu verlängern und sie
über **Kodjzent, Samarland** bis nach **Kelif** am **Amur**
Darja, also bis nach der **afghanischen Grenze**,
fortzuführen. Auch wurden die hierzu erforderlichen Vor-
arbeiten mit solchem Eifer betrieben, daß auf dieser neuen
Strecke bereits heute emsige Tätigkeit herrscht und die
Vollendung nur noch eine Frage der Zeit ist. Bei dieser
Lage der Dinge bedarf es wohl keiner weiteren Ausführun-
gen, welche großen Vorteile sich der russischen obersten
Seeresleitung bieten können, wenn sie bereits in Friedens-
zeiten die äußersten Spitzen ihrer Vorhut bis an zwei so
wichtige Grenzplätze wie **Kodjzent** und **Kelif** vorgeschoben
hat, die, beide an den Endpunkten von zwei großen lei-
stungsfähigen Bahnen (der **transkaspischen**, resp. **Dren-
burger**) gelegen und unter Mitbenützung der mittelasiati-
schen Linie von **Merv** über **Samarland** nach **Andischan**,
als günstige Einfallstore nach **Afghanistan** benützt werden
können. Die schon hierdurch gewonnenen Vorteile sprin-
gen aber noch mehr in die Augen, wenn man die Auf-
merksamkeit auf die mit ebenso großer Heimlichkeit wie
mit Sorgfalt und Sicherheit allmählich durchgeführten
Reformen und Verstärkungsmaßnahmen richtet, die sich
im Militärbezirk **Turkestan** in letzter Zeit vollzogen
haben. Als die ersten Nachrichten über Veränderungen
und Verschiebungen in den dort dislozierten beiden Ar-
meekorps in die Öffentlichkeit drangen, da hieß es freilich,
es handle sich nur um administrative Zweckmäßigkeiten,
und schon in Anbetracht des Krieges mit Japan sei
Rusland gar nicht in der Lage, an einen Ausbau seiner
militärischen Nachmittell in Südosten des Reiches zu
denken. Im Laufe der Zeit aber und namentlich seit dem
Zubetriebgehen der von **Drenburg** ausgehenden neuen
Bahn haben sich die Militärtransporte und damit zusam-
menhängende organisatorische Einrichtungen nicht ganz
verbergen lassen, so daß heute sicher ist, daß **Rusland** ganz
andere Truppenaufgebote im Bezirk **Turkestan** für den
Mobilmachungsfall bereit hält, als ebendem verfügbar
waren. Ohne auf die Einzelheiten der neuen Organisa-
tion einzugehen, sei nur auf den Kernpunkt derselben hin-
gewiesen, der unzweifelhaft darin zu suchen ist, daß all-
mählich aus den jetzt vorhandenen beiden turkestanischen
Armeekorps deren vier werden sollen. Da diese Absicht
nicht ausfallen soll, so war es natürlich, daß sie nicht mit
einem Schläge, sondern nur ganz allmählich ins Werk
gesetzt wird, wie unter anderem die Aufstellung fünfter
Kompanien beweist, die zunächst nur bei jedem Bataillon
der ersten bis vierten turkestanischen Schützenbrigade
ausgedehnt wird, die zusammen die Infanterie des ersten
und zweiten turkestanischen Armeekorps bilden. Etwas
deutlicher läßt sich schon die zukünftige Formation der
turkestanischen Truppen in vier Armeekorps aus dem wei-
ter in der Bildung vorgeschrittenen Ingenieurkorps er-
kennen, der schon jetzt so formiert worden ist, daß er im
Mobilmachungsfall zu vier Bataill., mit vier Feldingenieur-
Bataillonen und vier Artilleriebataillonen erweitert werden kann.

Wenn aber nicht alle Anzeichen trügen, so scheint die
russische Seeresleitung mit diesen militärischen Maßregeln
und dem Verlängerungsban der **Drenburger**
Bahn bis nach **Kelif** noch nicht an die Grenze ihrer
auf breiter Basis angelegten strategischen Pläne gelangt
zu sein. Wenigstens lieft man in der russischen Presse im-
mer wieder von der Notwendigkeit, dem Bau der eng-
lischen Bahnen nach **Seitan** und **Kirman**
nicht untätig zuzusehen, sondern zum Schutz der eigenen
Pläne diesem Vordringen durch schleunigste Zwangsmittel
eines Schienenweges von **Merschad** über **Kirman**
nach **Seitan** entgegenzutreten. Der Schutz die-

ser rechten Flanke aber ist wohl neben wirtschaftlichen
Gründen mit die Veranlassung gewesen, daß **Rusland**
soeben auch noch eine zweite Eisenbahn vollendet und sie
zum großen Staunen weitester Kreise in England sogar
schon dem Verkehr übergeben hat. Es ist die Strecke von
Erivan nach **Dschulja**, die als Fortführung der
Bahn von **Tiflis** die **persische Grenze** nimmere
erreicht hat und damit an ein Ziel gelangt ist, das die eng-
lische Politik mit allen erdenklichen Mitteln zu verhin-
dern getrachtet hat. Wird es der russischen Seeresleitung
nun schon auf diesem Wege möglich gemacht, beträchtliche
Truppenmassen aus dem Innern des Reiches schnellstens
und ohne Benutzung des kaspischen Meeres an die Grenze
des persischen Reiches zu schaffen, so wird ihr die Weiter-
beförderung dieser Heeresreste durch Persien gegen die
linke Flanke eines etwaigen Vormarsches des englisch-
indischen Meeres noch ganz erheblich erleichtert werden,
wenn die Fortführung des vorerwähnten Schienenweges
über **Tabris** nach **Teheran** zur Tatsache werden
sollte. Wie zuverlässig verläutet, soll der **Schub** hierfür
nicht nur seine Zustimmung, sondern auch seine Un-
terstützung zugesagt haben.

Die Unruhen in den Kolonien.

(Telegramme.)

* **Berlin**, 23. Jan. Meldung des Obersten **Dame**
aus **Südwestafrika**: **Morenza**, der in Spring-
puckts vermutet wurde, wurde von der Abteilung des
Hauptmanns **Siebert** nicht aufgefunden. **Morenza**
stand am 8. d. M. noch bei **Hartebeestfontein** am **Orange-
fluß**. Eine Truppenabteilung von 70 Mann unter Leut-
nant **v. Craillsheim** ist gegen **Cornelius** nach
den **Tirasbergen** geschickt worden. **Cornelius**, der
sich zusammen mit **Orlogleuten** von der **Werft** bei
Namtob getrennt hatte, überfiel am 13. d. M. bei **Umub**
einen Viehposten. Es gelang jedoch, ihm den größeren
Teil der Beute wieder abzunehmen. Am 11. Januar be-
trug die Zahl aller kriegsgefangenen und freiwillig Ge-
kommenen 12 190, nämlich 10 024 **Hereros** und 2166
Sottentotten, darunter im ganzen 3005 Männer.
Infolge Regens ist der große **Nischfluß** übergetreten und
dadurch der Verkehr der **Verpflegungskolonie** nach
Retmannshoop unterbrochen.

Aus Oesterreich-Ungarn.

(Telegramme.)

* **Wien**, 22. Jan. Seine Majestät der Kaiser empfing
heute eine ruthenische Deputation, welche ihm die
Bitte unterbreitete, daß Galizien, insbesondere **Osztajizien**, den
Ruthenen hinsichtlich der Wahlreform eine gleiche Behandlung,
wie den übrigen Kronländern zuteil werde. In seiner Erwä-
dung führte Seine Majestät der Kaiser aus, die Regierung
werde, wie sie bereits angekündigt habe, den Entwurf der
Wahlreform im nächsten Monat dem Reichsrat vorlegen
und bei dieser schwierigen Aufgabe die Rechte und die Inter-
essen aller Volksstämme aufs sorgfältigste beachten. Zur glück-
lichen Vollendung des Werkes gehöre in erster Linie ein un-
bedingtes Vertrauen zur Regierung. Der Kaiser ersuchte die
Mitglieder der Deputation, ihren Einfluß dahin geltend zu
machen, daß aufreigende Kundgebungen, die nur eine Verschärfung
der nationalen Gegensätze zur Folge hätten, vermieden
würden. Eine verständliche Haltung beider Volks-
stämme, die beide dem **Hron** gleich nahe ständen, werde das
Zustandekommen der Wahlreform erleichtern.

* **Budapest**, 22. Jan. Zu dem Zusammenstoß zwischen aus-
ständigen Arbeitern und der Gendarmerie in der
Eisenfabrik in **Madorhegy** (**Komitat Arago Szocrem**) wird
noch folgendes gemeldet: Gendarmen waren zum Schutze der
Arbeitswilligen ausgerückt, die von den Streikenden bedroht
wurden. Der Führer der Ausständigen wurde verhaftet. Die
Arbeiter verlangten, ihn zu befreien. Es kam zu einem Zu-
sammenstoß, wobei neun Arbeiter getötet und viele
verwundet wurden.

* **Budapest**, 22. Jan. Der Oberstadthauptmann **Rudnay**
hat heute seine Entlassung eingereicht.

Die Wahlen in England.

(Telegramme.)

* **London**, 23. Jan. Nach den bis heute mittag ein-
gegangenen Wahlergebnissen wurden gezählt: 278
Liberalen, 36 Vertreter der **Arbeiterpartei**,
117 **Unionisten** und 79 **Nationalisten**. Die
Liberalen haben bisher 146, die **Arbeiterpartei** 29; die
Unionisten 11 und die **Nationalisten** 2 Sitze gewonnen.

* **London**, 23. Januar. **Campbell-Bannerman** er-
klärte in einer Rede in **Parlament**, **Chamberlain** hoffe, die
Arbeiter dem Schutz der Arbeiter zu treiben. Er fürchte
für nichts und weise den Gedanken zurück, daß die liberalen Ar-
beitervertreter Feinde des Volkes seien. — **Chamberlain** be-
zeichnete in einer Rede die **Bolltarifreform** als das
einzige Mittel gegen die Gefahren, mit denen der englische Han-
del und die englische Arbeit bedroht seien. Das Volk werde
seinen Irrtum bald einsehen und dann komme der
unionistische Sieg.

Frankreich und Venezuela.

(Telegramme.)

* **Washington**, 22. Jan. Das Staatsdepartement hat
dem französischen Botschafter **Zufferau** die endgültige
Versicherung gegeben, daß die Vereinigten Staaten eine
Demonstration seitens Frankreichs in den
venezolanischen Gewässern nicht als eine Verlet-
zung der **Monroedoktrin** betrachten würden.

* **Paris**, 23. Jan. Ueber den französisch-venezolanischen
Konflikt schreibt der „**Matin**“, Frankreich sei fest
entschlossen, energisch vorzugehen, falls Ca-

pro seine Absicht lassen sollte, doch sei es möglich, daß die französische Regierung jede Aktion bis zur Rückkehr des Geschäftsträgers Laiguy nach Paris vertagt.

Zur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

* St. Petersburg, 23. Jan. Während der Wasserweiche in Zarstoje Selo wurden zwei als Klosterfrauen verkleidete weibliche Mitglieder der revolutionären Kampforganisation festgenommen. Beide trugen scharfe Leiche bei sich.

* St. Petersburg, 23. Jan. Der gestrige Tag ist ohne Zwischenfall verlaufen. Die Mehrzahl der Fabriken war im Betrieb. Auch in Moskau wurde überall gearbeitet. Nach Meldungen aus dem Innern des Landes wurde die Ruhe nirgends gefährdet.

* Warschau, 23. Jan. Die Sozialisten feierten den gestrigen Jahrestag der St. Petersburger Ereignisse dadurch, daß sie nicht arbeiteten und andere zwingen, die Arbeit einzustellen. Die Kaufleute sind in feierlicher Lage; die revolutionäre Bewegung hat ihre Geschäfte zu schließen, die Polizei zwingt sie, sie offen zu halten. — Auf dem Witowstap feuerte Militär, als ein Volkshaufe versuchte, den Produktmarkt zu sprengen; dabei gab es zwei Tote.

* Warschau, 23. Jan. Infolge des zur Feier des Jahrestages der St. Petersburger Ereignisse von den Sozialdemokraten proklamierten einseitigen Generalstreiks in Warschau und in Lodz in allen Fabriken die Arbeit. In anderen Städten ist der Ausstand nur teilweise durchgeführt.

* Odessa, 22. Jan. Der heutige Tag ist hier ruhig verlaufen. Der Generalgouverneur hatte bekannt machen lassen, daß die Truppen Befehl hätten, wenn Unruhestörungen vorkämen, ohne weitere Warnung zu feuern.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 23. Januar.

** Bei der gestern im 2. Wahlkreis (Kesselfeld) vorgenommenen Stichwahl eines Abgeordneten zur Zweiten Kammer der Ständeversammlung erhielt Müller Brodmann (nat. lib.) in Stodach 2946, Reichardt Stadler (Zentr.) in Rast 2790 Stimmen; ungültig waren 6 Stimmen. Müller Brodmann in Stodach ist somit gewählt.

— (Konzert von Weech-Buff-Giesen.) Die geschätzte Sopranistin Fräulein Gabriele von Weech und der ehemalige Tenor der Dresdener Oper, Königlicher Kammerjäger Hans Buff-Giesen gaben am Freitag im Museumsaal einen sehr gut besuchten Lieder- und Duettabend, für welchen die Künstler ein interessantes und geschmackvolles Programm zusammengestellt hatten. Die feine abgetönte Wiedergabe der drei Duette „Liebesgarten“, „Lutern Fenster“ und „Wenn ich ein Vögelin war“ diente als Einleitung. Fräulein von Weech, welche ihre sympathische, wohl gebildete Stimme in verständnisvoller musikalischer Vortragweise zu verwenden versteht, trat im Verlauf des Abends mit bekannten Gesängen von Schubert, Richard Strauß und Peter Cornelius hervor, welche lebhaften Anklang fanden. In Herrn Buff-Giesen durften wir einen ebenbürtigen Sänger als ausgezeichneten Vortragskünstler kennen lernen; seine Stimme ist ein heller, trefflich gebildeter Tenor, dessen Klangwirkung im Verein mit einer überaus geistvollen, warm empfindenden Vortragweise sofort gefangen nimmt. Seinen seltener gewählten Liedern „Nieder“, von Albert Ruchs, „Looze“ (aus dem Nachlaß) von Adolf Jensen, „Lodau“, von „Gewalt der Winde“ von Adolf Müllau, „Seimliche Aufforderung“, „Morgen“, „Breit“ über mein Haupt“ und „Cecilie“, letztere vier von Richard Strauß, welche der Künstler mit starkem Temperament und packender Empfindungstiefe zu Gehör brachte, dankten die Hörer einen Genuß nicht gewöhnlicher Art. Von außerordentlich feiner Wirkung waren die Duette der „Margaria“ und des „Muredin“ aus der Cornelius'schen Oper „Der Barbier von Bagdad“ und aus „Homo und Julie“ (4. Akt) von Gounod, bei deren Wiedergabe auch Fräulein von Weech sich rühmlich hervortat. Herr Kapellmeister Georg Hofmann darf als Begleiter am Flügel mit Auszeichnung genannt werden. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin wohnte dem Konzerte an.

— (Konzert Burmeister.) Am Donnerstag den 25. Januar findet im Museumsaal ein Konzert des großen Violinvirtuosen Willy Burmeister statt, dem der glänzende Ruf vorausgeht. Herr Schmidt-Badekow aus Berlin wird den Klavierpart ausführen. Ein außergewöhnlicher Kunstgenuß steht den musizierenden Publikum bevor. Eintrittskarten sind in der Hofmusikantenhandlung von Hugo Kunz, Kaiserstraße 114, zu haben.

— (Kunstnotiz.) Von Curt Herold, dem Lehrer am hiesigen Konservatorium, ist ein Konzert in D-moll für Pianoforte und Orchester im 3. Abonnementskonzert in Schaffhausen mit großem Erfolg aufgeführt worden. Der Komponist spielte selbst den Klavierpart.

— Z.-B.-M.-H. (Schneebeobachtungen.) Der auf den Bergen liegende Schnee hat in der verfloßenen Woche zuerst ab-, dann aber wieder zugenommen. Am Morgen des 20. Januar (Samstag) sind gemessen worden in Furtwangen 16, in Dürheim 3, in Zetten a. M. 2, in Heiligenberg 2, in Zollhaus 5, beim Feldberger Hof 120, in Titisee 12, in Bonndorf 10, in Hohenstaad 8, in Bernau 28, in St. Märgen 15, in Aniebis 23, in Weitenbrunn 20, in Herrenwies 24, in Kaltenbrunn 25 cm. Die Nachrichten aus Gersbach, Todnauberg und Grentorn ehelein.

* Baden, 23. Jan. An der Beisetzungsfeier für den Staatssekretär Frhr. v. Richthofen haben, wie uns mitgeteilt wird, als Vertreter des auswärtigen Amtes die Herren Wirklicher Geh. Rat v. Körner, Wirklicher Geh. Legationsrat Dr. v. Sonnenlopp und Wigolfus Graf Schulenburg und als persönlicher Vertreter des Reichstanzlers Legationssekretär v. Wittus teilgenommen. Der königliche Preussische Gesandte Wirklicher Geh. Rat v. Eifendecher war infolge Unwohlseins verhindert, anwesend zu sein, ließ jedoch durch Geh. Hofrat Wiederemann einen Kranz am Sarge niederlegen.

Die Bevölkerung Badens am 1. Dezember 1905.

St. L. A. Nach den vorläufigen Feststellungen des Großherzoglichen Landesamts hatte das Großherzogtum Baden am 1. Dezember 1905 eine ortsanwesende Bevölkerung von 2 009 032 Personen, wovon 996 442 oder 49,6 Proz. dem männlichen und 1 012 590 oder 50,4 Proz. dem weiblichen Geschlecht angehörten.

St. L. A. hat die Volkszahl des badischen Landes somit eine Vermehrung um 140 174 oder um 7,50 Proz. erfahren, gegenüber einer Zunahme von rund 142 000 oder 8,26 Proz. in der Periode 1895 bis 1900. Seit Bestehen des Großherzogtums (1806) hat sich die Einwohnerzahl, die damals rund 902 000 betrug, mehr als verdoppelt; seit dem Regierungsantritt Großherzog Friedrichs hat sie sich um über 650 000 Seelen vermehrt.

Die vorläufigen Zählungsergebnisse für sämtliche Gemeinden des Landes und ihre Bevölkerungszahl oder Abnahme seit 1900 werden in Kürze in den „Statistischen Mitteilungen für das Großherzogtum Baden“ zur Veröffentlichung gelangen. Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht unterlassen, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß es sich hierbei noch ebensoviele, wie bei den seither in den Tagesblättern für einzelne Gemeinden veröffentlichten Zahlen um endgültige Feststellungen — wie ne fälschlich vielfach geäußert wurden — handeln kann.

Sie beruhen vielmehr im wesentlichen auf den Angaben der Zähler und Gemeindebehörden und werden bei eingehender Prüfung und Bearbeitung im Großherzoglichen Landesamt erfahrungsgemäß noch vielfach Änderungen und Berichtigungen erleiden.

Alle diese vorläufigen Zahlen können für Verwaltungsmaßnahmen, für die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen usw. die endgültige Bevölkerungszahl maßgebend ist, in keiner Weise als Unterlagen dienen. Hierfür kommen lediglich die amtlich seitens des Großherzoglichen Landesamts im Staatsanzeiger zur Veröffentlichung gelangenden und ausdrücklich als endgültige Ergebnisse bezeichneten Zahlen in Betracht.

Der österreichisch-serbische Konflikt

(Telegramme.)

* Belgrad, 23. Jan. Von zutändiger Seite wird mitgeteilt, daß die Regierung aus Wien die Nachricht vom Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn erhalten hat. Infolgedessen erfolgte seitens der serbischen Regierung die Abberufung ihrer Delegierten von Wien.

* Belgrad, 22. Jan. Bei dem Konflikt Serbiens und Bulgariens wird die nach Genua und Marseille zur Ausfuhr serbischen Hornviehs hergestellte Seeverbindung via Braila eine große Rolle spielen. Die serbische Regierung rechnete schon im Vorjahr mit einer Sperre der Viehsaufuhr nach dem Norden und sichert sich den neuen Markt in Italien und Frankreich.

* Wien, 23. Jan. Die ungarische Regierung hat eine Verordnung erlassen, durch welche die Einfuhr von Kindern, Ziegen und Schafen aus Serbien wegen Milzbrand verboten wird, desgleichen die Einfuhr von frischem Fleisch aller dieser Tiere. Die Verordnung wurde telegraphisch den Grenzländern mitgeteilt und tritt heute in Kraft.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Hamburg, 23. Jan. Wegen Verbreitung eines Flugblattes wurde gegen drei Mitglieder der Sozialdemokratie eine Untersuchung wegen Aufruhrs, Aufreizung und Hochverrats eingeleitet.

* Eisenach, 23. Jan. Wegen Landesverrats wurde der Dreher Weiner verhaftet. Er hatte fertige Teile für Kruppen besteller Gesandte aus der hiesigen Fabrik entwendet und mit fremden Staaten unterhandelt wegen des Verkaufs derselben.

* Bonn, 23. Jan. Amtliches Wahlergebnis. Bei der am 17. Januar stattgehabten Reichstagswahl im Wahlkreis Bonn-Rheinbach 4 (Regierungsbezirk Köln) wurden insgesamt 17 236 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Spahn (Zentr.) 15 662, auf Rechtsanwalt Dr. Erdmann-Göln (Soz.) 1533 Stimmen. Spahn ist somit gewählt.

* Wien, 23. Jan. Bei den Wahlrechtsstundgebungen unter der rühmlichen Landbevölkerung in Ostgalizien kamen zahlreiche Ausschreitungen vor. In Raborna wurde ein Bauerneinmord durch Infanterie auseinander getrieben, wobei 5 Bauern, darunter der Gemeindevorsteher, schwer verletzt wurden.

* Paris, 22. Jan. In der Deputiertenkammer beantragte bei der Beratung des Budgets des Innern Constans (Soz.) die Streichung der Gehälter der Unterpräfekten und erklärte, die Unterpräfekten seien unnötig. Marlot als Berichterstatter sprach gegen den Antrag. Der Minister des Innern, Dubief, erklärte, es sei unmöglich, die von Constans beantragte Reform auf budgetärem Weg einzuführen. Der Antrag Constans wurde mit 300 gegen 219 Stimmen angenommen. Dejeante (Soz.) unterzog die Rolle der Präfekten einer Kritik. — Weiterberatung morgen.

* Paris, 23. Jan. Die Neuwahl für die Präsidentschaft des Senats wird wahrscheinlich erst Ende Februar stattfinden.

* Paris, 23. Jan. Es bestätigt sich, daß Oberst Marchand anlässlich der vielleicht schon im April stattfindenden Kammerwahlen seine Kandidatur aufstellt. Er wird sich um das Mandat des 20. Pariser Bezirks bewerben, wo er Gegenkandidat des bekannten sozialistischen Führers Bailliant sein wird. Marchand, der sich einem Berichterstatter gegenüber als Sozialist bezeichnete, wurde die Kandidatur von einer Gruppe nationalistisch gesinnter Arbeiter angeboten.

* Haag, 23. Jan. In den Abteilungen der Ersten Kammer hat die Mehrzahl der Mitglieder, die sich über das Wahlrecht äußerten, sich gegen das allgemeine Stimmrecht und gegen eine Ausdehnung des Wahlrechts über die verfassungsmäßige Grenze hinaus erklärt.

* Rom, 22. Jan. Um an der auf dem „Kolosseum-Platz“ heute abgehaltenen Versammlung, worin die russische Revolution gefeiert wurde, teilnehmen zu können, stellen in einer Anzahl von Betrieben die Arbeiter, darunter die Angestellten der Straßenbahn, die Arbeit ein. Nach der Versammlung, woran sich einige tausend Menschen beteiligten, kam es zu einem unbedeutenden Zusammenstoß mit der Polizei. Es sind von der Behörde umfassende Maßnahmen zur Verhinderung von Unruhestörungen getroffen.

* London, 22. Jan. Der deutsche Botschafter Wolff Metternich, der seit Samstag als Gast des Königs in Windsor weilte, legte heute, am Sterbetag der Königin Victoria, im Auftrag Seiner Majestät des Kaisers am Grab der Königin einen Kranz nieder.

* Madrid, 23. Jan. Die Verlobung Seiner Majestät des Königs mit der Prinzessin von Battenberg wird demnächst amtlich bekanntgegeben werden.

* Neapel, 22. Jan. Ein italienischer Soldat, der zum Schutz der Wahlurne kommandiert war, ist gefötet worden.

* Tokio, 23. Jan. Das Budget für das kommende Rechnungsjahr sieht eine Ausgabe von 1030 Millionen Yen

vor, in welcher Summe eine ordentliche Ausgabe von 230 000 000 enthalten ist, wovon 240 000 000 an ordentlichen Einnahmen gegenüberstehen.

* London, 23. Jan. Die „Times“ melden aus New-York: Dort werden Gerüchte ernsthaft besprochen, denen zufolge der neu ernannte amerikanische Botschafter in Japan mit der Ermächtigung nach Tokio gehen werde, mit Japan über den Verkauf der Philippinen an Japan zu verhandeln. Der Grund hierfür sei, daß die Vereinigten Staaten anfangen, das ganze Philippinenabenteuer zu bedauern.

Verschiedenes.

Der Untergang eines brasilianischen Kriegsschiffes.

† Rio de Janeiro, 22. Jan. (Telegr.) Vergangene Nacht ereignete sich an Bord des brasilianischen Linienschiffes „Aquadaban“ eine Explosion. Das Schiff ist gesunken. Die ganze Besatzung soll mit Ausnahme eines gereizten Offiziers ums Leben gekommen sein.

† Rio de Janeiro, 23. Jan. (Telegr.) Der Panzerkreuzer „Barroso“, der mit den Ministern an Bord sofort nach der Unfallstelle des „Aquadaban“, der seinen Bucht von Jacuacango, südlich der Ilha Grande, abging, ist mit den Verwundeten gestern Abend wieder in Rio de Janeiro eingetroffen. Umgekommen sind bei der Explosion der Marineminister, Vizeadmiral Moronha, der in Begleitung der Studentenkommision des neuen Arsenal sich an Bord des Dampfers befand, die Studentenkommision selbst, die Konteradmirale Rodrigo da Rocha, Calbeiros da Graca und Candido Brasil, ferner der Kapitän des Schiffes, Alves da Barra, zwei Regattakapitäne, zwei deutsche Fotografen, ein Zeitungsberichterstatter und fast alle Offiziere des „Aquadaban“. Die Zahl der Toten beträgt insgesamt 196, die der Verwundeten 36. Es ist öffentliche Trauer angeordnet worden. Die Theater sind geschlossen.

† Berlin, 23. Jan. (Telegr.) Heute früh sprang in der Linienstraße bei einem Brande vor Anfuhr der Feuerwehr eine Frau aus dem 4. Stock und war sofort tot.

† Saarbrücken, 23. Jan. (Telegr.) Gestern Abend überfuhr der von Neunkirchen kommende Schnellzug das Halbesignal und fuhr einem Güterzuge in die Planke. Einige Reisende wurden leicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

† München, 23. Jan. (Telegr.) Der Gynäkologe Universitätsprofessor Dr. Mann ist gestorben.

† Bern, 23. Jan. (Telegr.) Auf dem Brennetes-See im Kanton Neuchâtel schlug ein Boot mit sieben jungen Leuten um, die von einem Mastenball kamen. Zwei Schwestern ertranken.

† Paris, 23. Jan. (Telegr.) Auf dem hiesigen Honner Bahnhof wurde ein gewisser Ferdinand M., der in der Uniform eines französischen Infanterieleutnants in Montreux in den Bahnen Schnellzug gestiegen war, unter dem Verdacht der Spionage verhaftet. Man fand bei ihm einen sehr großen Geldbetrag und verschiedene Schriftstücke und Karten. M. war zum Tragen der Uniform nicht berechtigt.

† Paris, 23. Jan. (Telegr.) Die französische Regierung beschloß, der Tochter des Präsidenten Roosevelt als Hochzeitsgeschenk einen prachtvollen Gobelinsteppich zu übersenden.

† St. Petersburg, 22. Jan. (Telegr.) Wie der Arzt des russischen Konsulats aus Teheran berichtet, beträgt die Sterblichkeitsziffer bei den im Masjarbezirke des Gebiets Seit a vorkommenden Pestfällen 99 Proz. Gegen die Weiterverbreitung der Seuche sind alle Vorkehrungsmaßnahmen getroffen worden.

† Chicago, 22. Jan. (Telegr.) Hier wütet ein schwerer Schneesturm und Hagelsturm, wie er seit Jahren nicht vorgekommen ist. Die Stadt ist fast vollständig von allem Verkehr abgeschnitten, da die Telegraphendrähte zerstört sind. Der Hochbahnverkehr wird eingestellt werden müssen. Die Eisenbahnzüge treffen mit stundenlangem Verspätung ein. Der Sturm erstreckt sich auf einen Umkreis von 60 Kilometer.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Theater in Baden.

Mittwoch, 24. Jan. 17. Ab. Vorst. „Der Bajazzo“, Drama in 2 Akten und einem Prolog, Dichtung und Musik von Leoncavallo, deutsch von L. Hartmann. — „Phantasten im Bremer Ratskeller“, phantastisches Tanzbild frei nach W. Hauff von Emil Graeb, Musik von Steinmann. Anfang halb 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrologie vom 23. Januar 1906.

Das barometrische Maximum, das gestern über den britischen Inseln erschienen war, hat sich weit in das Binnenland herein ausgedehnt; von da aus nimmt der Luftdruck bis zu einer über Italien gelegenen Depression ab. In der westlichen Hälfte Deutschlands hat es aufgeklimmt, während es in der östlichen noch vielfach schneit. Überall herrscht strenger Frost; die niedrige Temperatur mit -11 Grad wird aus München gemeldet. Heiteres Frostwetter ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 23. Januar 1906, früh.

Lugano wolkenlos 0 Grad; Biarritz heiter 0 Grad; Nizza heiter 3 Grad; Triest Vorsturm 0 Grad; Florenz wolfig 3 Grad; Rom bedeckt 5 Grad; Cagliari heiter 7 Grad; Brindisi wolkenlos 6 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Therm. in C.	Windgeschw. in m/sec.	Windgeschw. in Grad.	Wind	Himmel
22. Nachts 9 ⁰⁰ U.	760.5	-2.9	2.0	55	NE	heiter
23. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	763.7	-6.3	2.1	75	NE	heiter
23. Mittags 1 ⁰⁰ U.	764.7	-2.5	2.2	58	NE	heiter

Höchste Temperatur am 22. Januar +2.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -6.4. Niederschlagsmenge des 22. Januar: 2.0 mm. Schneehöhe: 2.0 cm.

Wasserstand des Rheins. Wagan, 23. Januar: 383 m, gefallen 11 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

**10 Grad Kälte —
in Karlsruhe!**

Bei dieser Temperatur kommt die Kaffeekanne zu Ehren. Das hat aber eine sehr bedenkliche Seite, weil Kaffee bekanntlich nicht günstig auf Herz, Nerven und Magen einwirkt. Wer auf seine Gesundheit bedacht ist, sieht sich deshalb nach einem anderen Getränk um, das den gleichen Zweck ohne bedenkliche Nachwirkung erfüllt.

Das ist — Kathreiners Malzkaffee, der behaglich und dauernd erwärmt, frei von jeder Schädlichkeit ist und dabei einen würzig-anregenden Kaffee-Geschmack und Kaffee-Duft besitzt. Dieser wird ihm durch ein besonderes Verfahren verliehen.

Jeder erwärme sich also einmal bei dieser Kälte mit dem echten „Kathreiner“! — Wer sich diesen Genuß, der im besten Sinne des Wortes unserem Wohlbefinden dient, einmal geleistet hat — und es kostet wenig — der wird jeden Tag aufs neue darnach Verlangen tragen.

Versuchen Sie's doch mal.

An die Aktionäre
der
Mannheim - Rheinauer - Transportgesellschaft.

Die unserer Gesellschaft gehörigen Aktien und zwar
nom. M. 2 262 000 Aktien der Mannheimer Lagerhausgesellschaft,
nom. M. 660 000 Aktien der Mannheimer Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft
werden auf Grund des Beschlusses der ordentlichen Generalversammlung vom 13. Juli 1904 an die Aktionäre unserer Gesellschaft verteilt.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft erhalten pro rata ihres Aktienbesitzes
48 Prozent in Aktien der Lagerhausgesellschaft und
14 Prozent in Aktien der Mannheimer Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft
jeweils mit Dividendenschein pro 1906 u. ff.

Die Liquidationsrate kann bei nachstehenden hiesigen Banken
Rheinische Creditbank, Süddeutsche Discontogesellschaft A.-G.
Commanditgesellschaft Weil & Benjamin
erhoben werden.

Diese Banken sind mit der Verwertung der Spitzen beauftragt.
Der Kurs wird für Käufer und Verkäufer gleichmässig an einem noch zu bestimmenden Termine an der Mannheimer Börse offiziell festgesetzt werden.

Behufs Erhebung der Liquidationsrate müssen die Aktionäre ihre Aktien einer der genannten Banken gegen Quittung einreichen.

Die Aktionäre erhalten die Liquidationsrate, soweit dieselbe in Stücken ausgekehrt werden kann, nebst ihren Aktien, letztere mit dem Vermerk über die Ausfolgung der Liquidationsrate nach Umfluss von zwei Wochen zurück.

Die Stempelgebühr trägt unsere Gesellschaft.

Mannheim, den 20. Januar 1906.

Mannheim - Rheinauer - Transportgesellschaft i. L.

Konkursöffnung.
F. 686. Nr. 690 III. Karlsruhe.
Ueber das Vermögen des Emil Baumert, Cigarrengeschäft in Karlsruhe, wurde am 22. Januar 1906, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Franz Geuer in Karlsruhe wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 10. Februar 1906 bei dem Gerichte schriftlich oder im Zimmer Nr. 22 anzumelden.

Es ist zur Beschlußfassung über die

Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag den 23. Februar 1906, vormittags 9 Uhr, vor dem diesseitigen Gerichte, Akademiestraße 2B III. St., Zimmer Nr. 50 Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz

haben oder zur Konkursmasse etwas in Besitz ist aufzugeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. Februar 1906 Anzeige zu machen.

Karlsruhe, den 22. Januar 1906.
F. Hum,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag 1/4 Uhr verschied nach kurzer Krankheit unsere innigstgeliebte Mutter u. Schwägerin

Frau Josephine Rochlitz
geborene Sonoré

nach vollendetem 66. Lebensjahre.
Mit der Bitte um stille Teilnahme.

Karlsruhe, den 23. Januar 1906.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Franz Rochlitz
Hauptmann und Batteriechef

Beerdigung: Donnerstag den 25. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Friedhofkapelle aus.

Photographischer Unterricht für Damen (Amateure).

Auf mehrfache Anfragen erkläre ich mich wieder bereit, photographische Kurse für Damen zu geben. Gesl. Anmeldungen erbitte ich schriftlich.

F. 696 2.1 Prof. F. Schmidt, Sofienstr. 95.

Karlsruhe. Museums-Saal
Donnerstag den 25. Januar 1906, abends 8 Uhr

KONZERT
des Geigenvirtuosen

WILLY BURMESTER
unter Mitwirkung des Pianisten
Alfred Schmidt-Badekow aus Berlin.

Konzertflügel C. Bechstein a. d. Lager d. Herrn Hoflieferanten Schweisgut hier.

Eintrittskarten: Saal 4, 3, 2 M., Galerie 2.50 u. 1.50 M. sind in der Hofmusikalienhandlung **Hugo Kuntz** Kaiserstrasse 114, Telephon 1850 und an der **Abendkasse** zu haben. F. 697

F. 687. Nr. 732. Mannheim.
Ueber das Vermögen des Hoteliers Karl Bär hier, Hotel Portugal, F. 4, 1/2, wurde heute nachmittags 4 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Zum Konkursverwalter ist ernannt: Kaufmann Georg Fischer in Mannheim.

Konkursforderungen sind bis zum 11. Februar 1906 bei dem Gerichte anzumelden.

Zugleich ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag den 20. Februar 1906, vormittags 11 1/2 Uhr, vor dem Großh. Amtsgerichte Abt. II, II. St., Sitzungssaal A, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 11. Februar 1906 Anzeige zu machen.

Mannheim, den 22. Januar 1906.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts Abt. II.
Mohr.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.
F. 664. Nr. 1498. Heidelberg.
Die von Großh. Amtsgericht Heidelberg unterm 7. November 1900, Nr. 69084, gegen den Landwirt Pius Huber von Bammthal wegen Forderung ausgesprochene Entmündigung wurde durch Beschluß desselben Gerichts vom 18. Januar 1906, Nr. 1498, wieder aufgehoben.

Heidelberg, den 18. Januar 1906.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts
Rittelmann.

Konkursverfahren.
F. 688. Nr. 1333. Triberg.
In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Raimund Meyer in Hornberg wird zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke Schlusstermin auf Dienstag den 13. Februar 1906, vormittags 11 1/2 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht hier selbst bestimmt.

Triberg, den 18. Januar 1906.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.
Rödle.

Grundbuchamt's Gehilfenstelle.
Am städtischen Grundbuchamt dahier ist die Stelle eines Kanzleigehilfen mit einem Gehalt von 1200—1800 M., sowie Aussicht auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung alsbald neu zu besetzen.

Mit dem Grundbuchamts vertraute Bewerber wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen und Darlegung ihres Bildungsganges bis 1. Februar anher melden.

Aktuare erhalten den Vorzug.
Bruchsal, den 18. Januar 1906.
Der Stadtrat.

Bauarbeiten - Vergebung.
Für den Neubau des chirurgischen Pavillon IV in Heidelberg sollen nachstehende Arbeiten im Wege des öffentlichen Angebots vergeben werden:

1. Schreinerarbeit,
2. Glaserarbeit,
3. Schlosserarbeit,
4. Zimmerarbeit,
5. Bodens- und Wandplättchen,
6. Installation,
7. Kolläden,
8. Terrazzoarbeiten.

Arbeitsauszüge werden von Montag den 22. Januar 1906, jeweils vormittags von 9—11 Uhr, vom Bauamt Heidelberg, Hofstraße 5, gegen Vergütung der Selbstkosten abgegeben.

Die auf Einzelpreise zu stellenden und auszureichenden Angebote sind spätestens bis Samstag den 3. Februar d. J., vorm. 9 Uhr, postmäßig verschlossen, mit entsprechender Aufschrift versehen, portofrei bei unterzeichneter Stelle, Sophienstraße 21, einzureichen.

F. 616.1.2
Heidelberg, den 19. Januar 1906.
Großh. Bezirksbauinspektion.